



Rund 30 Prozent der Geburten in Deutschland

erfolgen per Kaiserschnitt. Nach der ersten Leitlinie medizinischer Fachgesellschaften ist diese Rate weitaus höher als ratsam. Es gelte als gesichert, dass eine Sectiorate über 15 Prozent keinen günstigen Einfluss auf die Häufigkeit von

Erkrankungen und Sterberaten von Müttern und Neugeborenen habe, teilte die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtsmedizin am Freitag in Berlin mit. Kaiserschnitte sollten deshalb medizinisch gut begründet sein.

NATO vertieft Partnerschaft mit Ukraine

KIEW (APA/dpa). Die NATO geht eine noch engere Partnerschaft mit der Ukraine ein. Wie das Bündnis am Freitag mitteilte, wird das im Konflikt mit Russland stehende Land in das sogenannte „Enhanced Opportunities Program“ aufgenommen. Damit bekommt die Ukraine erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten an NATO-Manövern und Kooperationsprojekten sowie Zugriff auf ausgewählte geheime Bündnisinformationen. Diplomaten betonten, dass der neue Status keinen weiteren Schritt in Richtung einer NATO-Mitgliedschaft darstelle. In Russland dürfte die NATO-Entscheidung dennoch als Provokation wahrgenommen werden.

Waghalsige Küken springen von Helgolands Klippen



HELGOLAND (dpa). Auf der deutschen Insel Helgoland haben die Trottellummen wieder ihr einzigartiges Spektakel begonnen. Obwohl sie noch gar nicht fliegen können, stürzen sich seit Anfang der Woche die Küken aus bis zu 40 Metern Höhe von den Klippen, um ins Meer zu ihren Eltern zu gelangen. Einige der 3 Wochen alten Tiere springen direkt ins Wasser, andere auf den Boden – je nach Ausgangspunkt. Obwohl die Tiere noch nicht fliegen können, überleben sie dank ihrer Fettpolsterung und ihres leichten Knochenbaus in der Regel unbeschadet auch Sprünge aus bis zu 150 Metern Höhe.

Kindergeld für alle Eltern

ITALIEN: Familienpolitik wird reformiert – Förderung von Eltern und berufstätigen Müttern wird ausgebaut

ROM (mit). Die Regierung Conte befürchtet einen starken Geburtenrückgang infolge der Coronavirus-Krise und greift Familien unter die Arme.

„Family Act“ heißt ein Gesetzentwurf aus 8 Artikeln, der eine umfangreiche Reform der Familienpolitik und eine Rationalisierung der Stützungsmaßnahmen für Eltern sowie Förderungen für berufstätige Mütter vorsieht. Die Regierung verpflichtet sich zur Verabschiedung innerhalb 30. November eines Dekrets zur Einführung von Kindergeld für alle Eltern unabhängig von ihrem Einkommen. Bei der Bestimmung des Betrags, den jede Familie erhält, wird das Alter der Kinder berücksichtigt. Das Kindergeld wird vom siebten Monat



Eine glückliche Familie.

shutterstock

Schwangerschaft bis zur Volljährigkeit jedes einzelnen Kindes ausgezahlt. Bei einem behinder-

ten Kind sind keine Altersgrenzen vorgesehen. Geplant sind hinzu Beiträge für die Zahlung

von Kinderkrippen und Kindergärten. Die Regierung will auch die Ausdehnung des Vaterschaftsurlaubs. Dieser soll von 7 auf 9 Tage verlängert werden, kündigte die Ministerin für Familien und Chancengleichheit, Elena Bonetti, an. Dieser Schritt sei notwendig, damit sich Italien an die EU-Vorschriften anpassen könne. Die EU-Kommission rät den EU-Ländern, einen Vaterschaftsurlaub von mindestens 10 Tagen zu gewähren. Zugleich wolle sich die Regierung um weitere Maßnahmen bemühen, die Frauen die Verbindung von Beruf und Familie erleichtern. „Der Family Act entsteht aus der Zusammenarbeit des Arbeits- und Familienministeriums und enthält auch wichtige Maßnahmen zur Förderung berufstätiger Mütter“, sagte Arbeitsministerin Nunzia Catalfo.

© Alle Rechte vorbehalten

Hund erschnüffelt Tablet und USB-Stick

MÜNSTER (dpa). Im Fall des Missbrauchs mehrerer Kinder in Münster in Deutschland hat ein Datenspeicher-Spürhund in der Wohnung der inhaftierten 45-jährigen Mutter des Hauptverdächtigen 2 weitere elektronische Geräte erschnüffelt. Wie die Polizei am Freitag berichtete, habe Hund „Theo“ bei einer erneuten Durchsicherung am Mittwoch angeschlagen. Unter einem Schrank sei daraufhin ein Tablet gefunden worden, „augenscheinlich absichtlich versteckt“. Der Hund habe außerdem einen USB-Stick gerochen, der in einer mit Kleinteilen vollgepackten Kiste lag und nicht als Datenträger zu erkennen gewesen sei. Die Datenträger sollen nun ausgewertet werden. Der Fall war vor einer Woche bekannt geworden.

Fall Maddie: Verdächtiger wusste seit 2013 von Ermittlungen gegen ihn

DEUTSCHLAND: Polizei selbst soll ihm mögliche Verbindung offenbart haben

HAMBURG (APA/AFP). Christian Brückner, der deutsche Beschuldigte im Fall der vor 13 Jahren in Portugal verschwundenen Maddie, ist laut „Spiegel“ im Jahr 2013 von der Kriminalpolizei Braunschweig durch eine Zeugenladung über Verdachtsmomente der Behörden gegen ihn informiert worden. Das berichtete das Magazin am Freitag unter Berufung auf das ihm vorliegende damalige Schreiben. 2013 war bei den deutschen Behörden nach deren Angaben erstmals ein vertraulicher Hinweis auf den Mann eingegangen. Vorangegangen war die Ausstrahlung einer Folge der Fernsehsendung „Aktenzeichen XY ... ungelöst“, in welcher der Fall der 3-jährigen Madeleine „Maddie“ McCann



Christian Brückner ANSA/Carabinieri

behandelt wurde. Das Mädchen war 2007 aus der Ferienwohnung ihrer Familie an der Algarve verschwunden, der Fall wird bis heute weltweit mit großer Anteilnahme verfolgt. Der Verdächtige lebte damals in Braun-

schweig. Laut „Spiegel“-Bericht bat das Bundeskriminalamt (BKA) die dortige Kriminalpolizei nach Eingang des Hinweises um nähere Informationen zu dem Mann. Ein Beamter schickte diesem demnach eine Zeugenladung zu, in der als Grund unter anderem „die Vermisstensache Madeleine McCann“ angegeben war. Ob die Vernehmung stattfand, schrieb der „Spiegel“ nicht. Dem Bericht zufolge wollten sich weder die Behörden noch der Anwalt des Mannes zu diesem mehrere Jahre zurückliegenden Vorgang äußern. Offiziell ermittelt wird gegen den wegen Sexualdelikten mehrfach vorbestraften Deutschen im Fall Maddie erst seit etwa einer Woche.

© Alle Rechte vorbehalten



Aussehen der Playstation 5 und neue Details enthüllt

NEW YORK (dpa). Sonys nächste Spielekonsole Playstation 5 wird es erstmals auch in einer Version ohne Disc-Laufwerk nur zum Herunterladen der Spiele geben. Die „Digital Edition“ sieht dadurch auf ersten Bildern merklich schmäler aus als das Modell, das auch Spiele auf Blu-ray-Disc einlesen kann. Die Konsole soll nach bisherigen Plänen zum Weihnachtsgeschäft auf den Markt kommen.

Brand in Baracke: Erneut Migrant gestorben

ROM (APA). Beim Brand in einer von Migranten bewohnten Barackensiedlung in Borgo Mezzanone in Apulien ist ein senegalesischer Erntehelfer getötet worden. Das Feuer sei möglicherweise durch einen Kurzschluss ausgelöst worden, berichtete die Nachrichtenagentur Ansa am Freitag. In eineinhalb Jahren ist der Mann das vierte Opfer nach Bränden in der improvisierten Siedlung.

AUFGESTÖBERT

Die Welt ist ein Buch. Wer nie reist, sieht nur eine Seite davon.

Aurelius Augustinus (354–430), Kirchenlehrer

EUROPA-SPLITTER

Menschenrechtsgerichtshof online

STRASSBURG: Menschenrechtskonvention wird 70 Jahre alt und bleibt doch aktuell

Die Einladung an die Mitgliedstaaten des Europarates, die Europäische Menschenrechtskonvention zu unterzeichnen, erging in Rom vor 70 Jahren. Mittlerweile gilt diese Konvention weltweit als Erfolgsmodell des Menschenrechtsschutzes. Der bahnbrechende Erfolg wird insbesondere dem Gerichtshof in Straßburg zugeschrieben. Rund 60.000 Fälle aus ganz Europa sind dort gegenwärtig anhängig. Das vom britischen Architekten Lord Richard Rogers entworfene Gebäude ist bekannt: Die 47 Spitzentrichter wägen schwierige Fragen von juristischer und gesellschaftspolitischer Bedeutung in einem Haus ab, das die Form einer riesigen Waage hat. Diese Woche hat der Gerichtshof das erste Mal in seiner Geschichte online getagt. Eine COVID-bedingte Neuerung.

Im Anlassfall geht es um einen syrischen Flüchtling. Obwohl sein Schutzstatus zeitlich und inhaltlich beschränkt ist, möchte er, dass seine Frau nachzieht.



Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte.

shutterstock

Wichtig ist aber: Am Gerichtshof geht es nicht nur um Flüchtlinge oder andere Minderheiten. Die gesamte Breite an Lebensschicksalen wird dort verhandelt.

Ein Fall, der Italien schon länger beschäftigt, ist etwa jener von Frau Elisavet Talpis. Sie wurde von ihrem Ehemann misshandelt und begann daraufhin, sich im Keller der gemeinsamen Wohnung zu verbarrikadieren. Dann vertraute sie sich einem

Polizisten auf der Straße an. Ihre Daten wurden aufgenommen, aber keine weitere Hilfe angeboten. Sie wurde wieder verprügelt und musste mit Kopfverletzungen ins Spital. Trotz mehrerer Kontakte des Gewalttäters mit den Behörden wurde Frau Talpis kein ausreichender Schutz angeboten. Zwar wurde der Gewalttäter letztendlich verurteilt wegen Mordes an seinem eigenen Sohn und versuchten Mordes an

seiner Frau. Dennoch kam der Fall an den Gerichtshof für Menschenrechte wegen des verweigerten Schutzes für die Frau des gewalttätigen Ehemannes. Und tatsächlich verurteilte der Gerichtshof Italien, da die Behörden die Ängste und Aussagen der Ehefrau nicht ernst genug genommen hatten. Der Gerichtshof spricht von einer Diskriminierung gegen Frauen, da Gewalt gegen Frauen in Italien von einem soziokulturellen Klima der Toleranz gefördert werde. Dem muss Abhilfe geschaffen werden.

Die Umsetzung eines solchen Urteils erfolgt über das Ministerkomitee, das sich 4-mal im Jahr in Straßburg trifft. Alle 47 Vertragsstaaten des Europarates sind dort vertreten. Sie sehen es als gemeinsame Aufgabe, dafür zu sorgen, dass verurteilte Staaten den Anweisungen des Gerichtshofes auch Folge leisten. Die Umsetzung der Lehren aus dem Fall Talpis wird im September besprochen.

© Alle Rechte vorbehalten

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg



„Dolomiten“: Ist die Europäische Menschenrechtskonvention noch aktuell?

Toggenburg: Sie ist nötiger denn je. Im EU-Kontext haben wir eine modernisierte Variante: die Grundrechtecharta. Quasi die jüngere Schwester der EMRK. Die Charta wird am 7. Dezember 20 Jahre alt.

„D“: Was unterscheidet die beiden?

Toggenburg: Die EU-Grundrechtecharta bindet die Staaten nur in jenem Bereich, wo EU-Recht anwendbar ist. Die EMRK ist immer bindend.

„D“: Wie oft wird Italien vom Gerichtshof verurteilt?

Toggenburg: Der Gerichtshof wurde 1959 geschaffen, um die Einhaltung der EMRK zu überwachen. Seitdem ergingen über 2400 Urteile gegen Italien. Nicht immer wurde Italien verurteilt.

Aber meistens. Die Hälfte der Urteile hat die Verfahrenslänge betroffen. Das Justizsystem ist viel zu langsam, was oft das Recht auf ein faires Verfahren verletzt.

„D“: Wie sieht die Bilanz Österreichs aus?

Toggenburg: Österreich kennt solch ein Strukturproblem nicht. Allenfalls fällt es durch relativ häufige Verurteilungen in Sachen Meinungsfreiheit auf. Da führt es mit Polen und Frankreich die Statistik in der EU. 35 der knapp 400 bisher gegen Österreich ergangenen Urteile beschäftigen sich mit diesem Problem.

„D“: Was kostet uns der Gerichtshof?

Toggenburg: Da er nur Englisch und Französisch verwendet, kostet er einen Bruchteil des EU-Gerichtshofes. Das Budget 2020 beträgt rund 73 Millionen Euro. Das macht etwa einen Euro pro Monat und Bürger der 47 Europaratsstaaten aus.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.